

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 33 – Errichtung der diplomatischen Vertretung in Kaliningrad

Dazu sagt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Detlef Matthiessen:

Grüne für deutsches Konsulat in Kaliningrad

Die Einrichtung einer konsularischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Kaliningrad hat eine enorme historische Bedeutung. Und damit meine ich nicht die Vergangenheit, sondern ich spreche von der Zukunft.

Auf der Reise des Europaausschusses im November letzten Jahres erhielten die Mitglieder von vielen russischen Entscheidungsträgern deutliche Signale, Russland wünsche die Errichtung einer konsularischen Vertretung durch die Bundesrepublik Deutschland. Dadurch nähern sich nicht nur die Regierungen einander an, auch die Menschen werden auf diesem Weg zusammengebracht.

Gerade die Aufnahme Litauens und Polens in die Europäische Union stellt eine besondere Situation für die russische Exklave dar. Das Schengener Abkommen wird den Transitverkehr für die BürgerInnen in der Region Kaliningrad erheblich einschränken. Mit der Errichtung einer deutschen Vertretung in Kaliningrad könnten einige Probleme unbürokratischer gelöst werden. Die Visafrage ist ein wesentlicher zu klärender Punkt. Damit einher geht aber der wirtschaftliche Aspekt, der den internationalen Handel betrifft.

Die Kaliningrader Region und ihre Bewohner dürfen wegen ihrer geographischen Besonderheit nicht ins Hintertreffen geraten. Wir wollen mit einer konsularischen Vertretung unseren Beitrag dazu leisten. Dadurch wird Kaliningrad, dessen unbestreitbare Zugehörigkeit zu Russland nicht angetastet werden soll, eine Entwicklungsperspektive in Gestalt einer wirksamen Einbindung in die Ostseeregion und Europa eröffnet.

Die Kaliningrader sind heute nach ihrer Staatsangehörigkeit und Sprache, aber auch nach ihrer Kultur und Religion russisch. Trotzdem – oder gerade deshalb – sollte die Bundesrepublik Deutschland und besonders Schleswig-Holstein als baltischer Anrainerstaat eine Vorreiterrolle bei der Einrichtung des Ostseenetzwerkes spielen und den Prozess des Zusammenwachsens der Ostseeregion vorantreiben.
